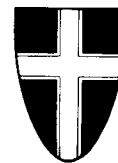


AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG

MD-316-1 und 2/93

Wien, 9. März 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Pflichtschulerhaltungs-  
Grundsatzgesetz geändert wird;  
Stellungnahme

An das  
Präsidium des Nationalrates

1.1.1993  
15. März 1993

Dr. Baur

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der  
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem  
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



## WIENER LANDESREGIERUNG



Konsistenz MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82124

MD-316-1 und 2/93

Wien, 9. März 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Pflichtschulerhaltungs-  
Grundsatzgesetz geändert wird;  
Stellungnahme

zu Zl. 12.690/2-III/2/93

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst

Auf das Schreiben vom 19. Jänner 1993 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Es darf auf die allgemeinen Ausführungen in der ha. Stellungnahme vom 9. März 1993, MD-314-1 bis 3/93, zum Entwurf einer 15. Schulorganisationsgesetz-Novelle verwiesen werden. Zu darüber hinausgehenden Bemerkungen oder Anregungen gibt der vorliegende Entwurf keinen Anlaß.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor

